

Dr. Frank Blasch
Fraktionsvorsitzender
Altenhainer Straße 37
65812 Bad Soden am Ts.

☎ privat: 06196 / 655 877

E-Mail: frank.blasch@web.de

30. Mai 2016

Pressemitteilung

CDU-Fraktion komplettiert ihren Vorstand

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen sowie der inzwischen erfolgten Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse hat die CDU-Stadtverordnetenfraktion am heutigen Montagabend weitere Personalentscheidungen getroffen.

Die Christdemokraten wählten einstimmig Birgit Czinkota und Dr. Felix Fischer zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Hierzu Fraktionschef Dr. Frank Blasch: „Birgit Czinkota war bereits in den vergangenen fünf Jahren meine Stellvertreterin und ist in dieser Zeit zu einer wichtigen Stütze in der Fraktionsarbeit geworden. Ich freue mich, weiterhin mit ihr zusammenarbeiten zu können. Felix Fischer hat in dieser Funktion vor einigen Jahren schon einmal gewirkt und wurde nun als Nachfolger von Ralph Basedow, der auf eigenen Wunsch aus dem Fraktionsvorstand ausgeschieden ist, zu meinem Stellvertreter gewählt. Als Experte für Finanz- und Wirtschaftsfragen bereichert er die Arbeit in der Fraktion und leitet auch weiterhin den Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung.“

Dem Fraktionsvorstand gehören zudem Bürgermeister Norbert Altenkamp, Stadtverordnetenvorsteher Helmut Witt und Kassenwart Thomas Witt an, der in seinem Amt einstimmig bestätigt wurde. Neuer Fraktionsgeschäftsführer ist Marcus Michel, der als zweiter Nachrücker für das Parlament auf diese Weise eng in die Fraktionsarbeit eingebunden ist. Dr. Frank Blasch: „Ich freue mich, dass die Fraktionsführung nun komplettiert ist und wir mit der Sacharbeit in dieser Wahlperiode beginnen können. Wie bereits die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni zeigt, stehen in der nächsten Zeit einige wichtige und richtungsweisende Entscheidungen an. Hierfür sind wir personell und in der Koalition mit der SPD gut aufgestellt, um im Sinne der Stadt Bad Soden und ihrer Bürgerinnen und Bürger vernünftige Sachpolitik machen zu können.“